



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

EP / Kinderarmut

Straßburg, 29.10.2015

Jutta STEINRUCK:

„Europa darf arme Kinder nicht im Stich lassen“

Sozialdemokraten im Europäischen Parlament setzen Initiative durch

Jedes fünfte Kind in Europa ist laut Eurostat akut von Armut bedroht. Das Europäische Parlament in Straßburg hat am Dienstag für eine sogenannte Europäische Kindergarantie gestimmt.

„Jedes Kind in Europa muss Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, Bildung und Betreuung, zu menschenwürdiger Unterkunft und angemessener Ernährung bekommen! Genau das fordert die Initiative“, erklärt **Jutta STEINRUCK**, beschäftigungspolitische Sprecherin der Europa-SPD.

Die Resolution geht auf einen Initiativbericht im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zurück. Angeführt von der Sozialdemokratischen Fraktion wurde darin die Initiative zur Bekämpfung der Kinderarmut festgeschrieben.

„Wir fordern hier keine Luftschlösser, sondern konkrete Voraussetzungen dafür, dass jedes Kind ein sicheres, selbstbestimmtes Leben in Würde führen kann“, stellt **Jutta STEINRUCK** klar. „Mindestens 20 Millionen Kinder leiden innerhalb Europas täglich unter mangelnder Grundversorgung. Die Armutsgefährdung liegt Eurostat zufolge bei alarmierenden 21 Prozent und nimmt sogar weiter zu. Das können wir nicht hinnehmen! Armut bedeutet immer auch Ausgrenzung. Die Kindergarantie muss als langfristig angelegtes Instrument gesehen werden, das Chancengleichheit für eine ganze Generation erhöht. Dazu gehört auch, dass die Eltern sozialer Ausgrenzung entkommen und sich in den Arbeitsmarkt eingliedern“, betont die SPD-Europaabgeordnete **Jutta STEINRUCK**.

Die jetzt verabschiedete Resolution ist eine Reaktion des Europäischen Parlaments auf die Kommissionsempfehlung aus dem Jahr 2013, „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“. Nach Annahme der Resolution ist jetzt die Europäische Kommission angehalten, auf die Forderungen des Europäischen Parlamentes zu reagieren.

Weitere Informationen: Büro Steinruck +33 3881 77563 und Andrea Bracht, +32 473 930 060 (Pressereferentin)

PRESSMITTEILUNG